

Die Union zielt
auf eine gemeinsame
Kraftanstrengung

Fundament für den Aufschwung

Ronald Pofalla

Bei der Bundestagswahl am 27. September geht es um grundlegende Richtungsentscheidungen für unser Land. Es geht um die Frage, ob Deutschland erfolgreich oder geschwächt aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise heraus in das zweite Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts geführt wird. Es geht darum, ob wir unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze sichern oder aufs Spiel setzen. Es geht um die Frage, ob es zu instabilen Koalitionsexperimenten kommt oder zu einer stabilen bürgerlichen Mehrheit unter Führung der Union mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin.

Umfeld der Bundestagswahl 2009

Die Bundestagswahl 2009 findet in einem außergewöhnlichen Umfeld statt. Denn Deutschland befindet sich in der schwierigsten wirtschaftlichen Lage seit Gründung der Bundesrepublik vor sechzig Jahren. Ein beispielloser Einbruch der deutschen Wirtschaftskraft durch die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise belastet Unternehmen wie öffentliche Haushalte und erfüllt viele Menschen mit Sorge über die eigene Zukunft. Auch wenn die Talsohle möglicherweise erreicht ist – der Aufstieg wird sicherlich nicht einfach und bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Heute müssen die Weichen dafür gestellt werden, dass Deutschland nicht nur durch die Krise kommt, sondern sogar gestärkt aus ihr hervorgeht.

An diese große Aufgabe gehen die Unionsparteien mit Zuversicht. Denn ge-

rade im sechzigsten Jahr nach Gründung der Bundesrepublik und im zwanzigsten Jahr nach dem Fall der Mauer wissen wir, dass wir Deutschen gemeinsam schon vor ganz anderen Aufgaben standen – und sie gelöst haben. Deutschland ist ein starkes Land, und in einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir viel erreichen. Deshalb haben wir unserem Regierungsprogramm den Titel gegeben: „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land.“

Mit diesem Programm bauen wir auf einer sehenswerten Bilanz der von der Union geführten Großen Koalition auf. Ohne die SPD wäre in den vergangenen vier Jahren zwar noch mehr möglich gewesen. Deshalb bekennen sich die Unionsparteien auch ganz klar zu der Absicht, die Große Koalition zu beenden. Die Union will eine Regierungskoalition mit der FDP bilden, weil wir mit den Freien Demokraten noch mehr für die Menschen erreichen können. Das bedeutet aber nicht, dass die Große Koalition nicht beachtliche Erfolge seit 2005 vorzuweisen hätte. Diese Erfolge haben erst die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Deutschland die Krise erfolgreich bekämpfen kann.

Die Union hat in der Großen Koalition gezeigt, dass wir für erfolgreiche Haushaltspolitik stehen. Erstmals seit vielen Jahren konnten 2007 und 2008 de facto ausgeglichene Gesamthaushalte der öffentlichen Hand erreicht werden. Wir haben gezeigt, dass wir die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen können. Mit einer umsichtigen Wachstumspolitik konnte

die Arbeitslosigkeit im Herbst 2008 auf unter drei Millionen gesenkt werden – der geringste Stand seit sechzehn Jahren. Gleichzeitig gibt es in Deutschland erstmals über vierzig Millionen Erwerbstätige – damit stehen heute so viele Bürger wie nie zuvor in den sechzig Jahren unseres Landes im Berufsleben. Und: Die Union hat die Familien in Deutschland unter anderem durch das Elterngeld und den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gestärkt und für massive Investitionen in Bildung und Forschung und damit in die Zukunft gesorgt.

Unter der Führung von Angela Merkel ist Deutschland heute wieder ein hoch angesehener und zuverlässiger Partner in der internationalen Politik: Ein Land, das seine eigenen Interessen vertritt, aber nie vergisst, dass im Zeitalter der Globalisierung vertrauensvolle internationale Kooperation zur Lösung globaler Herausforderungen zwingend ist. Ein Land, das seine eigenen wirtschaftlichen Interessen und den Einsatz für Menschenrechte weltweit miteinander zu verbinden weiß. Wer diese Erfolge angesichts der desaströsen Lage, in der sich Deutschland 2005 nach sieben Jahren Schröder-Regierung befand, vorhergesagt hätte, wäre bestenfalls belächelt worden.

Es gilt daher, in der kommenden Legislaturperiode an das bis zum Beginn der Krise Erreichte anzuknüpfen beziehungsweise den Weg aus der Krise fortzusetzen, den die von der Union geführte Bundesregierung eingeschlagen hat.

Nachhaltige Wachstumspolitik

Im Zentrum unseres Regierungsprogramms steht die Frage, wie wir neues, nachhaltiges Wachstum schaffen können, um die Folgen der Krise zu überwinden. Das bedeutet vor allem: Wir müssen eine Wirtschaftspolitik mit Vernunft machen. Deshalb setzen wir auf einen harmonischen Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Förderung von Investitionen so-

wie die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Erstens: Entlastung der Leistungsträger und Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation sowie die Konsolidierung des Haushalts gehören zusammen, wenn nachhaltiges Wachstum entstehen soll. Denn Wachstum schafft auf der einen Seite die finanziellen Spielräume, sowohl um zu investieren als auch um die Bürger zu entlasten. Das zeigen nicht nur die internationalen Vergleiche. Das haben wir in den vergangenen Jahren auch in Deutschland bewiesen. Auf der anderen Seite schafft eine solide Haushaltspolitik bei den Bürgern und Unternehmen Vertrauen in den Standort Deutschland und die Steuerpolitik. Hinzu kommt: Eine solide Haushaltspolitik ist eine zentrale Voraussetzung für Geldwertstabilität – also den Schutz vor Inflation. Beides – Vertrauen und Geldwertstabilität – wiederum sind die Basis für neues, nachhaltiges Wachstum.

Zweitens: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, sind wir auch in den kommenden Jahrzehnten auf den Ideen- und Erfinderreichtum unseres Landes, insbesondere im Mittelstand, angewiesen. Deshalb setzen wir auf Bildung und Innovation sowie gezielte Förderung des Mittelstands. Dazu gehören zum Beispiel der Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten um fünfundzwanzig Prozent bis 2011 und die Intensivierung der Forschungsförderung für den Mittelstand. Wir wollen, dass Staat und Wirtschaft gemeinsam mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Deutschland soll Ideenschmiede sein und mit einem vielfältigen Bildungssystem zur Bildungsrepublik werden, das zur Weltspitze gehört.

Drittens: Wir wollen, dass Gehaltserhöhungen bei den Menschen und nicht beim Finanzamt ankommen und die Menschen mehr Netto vom Brutto haben.

Deshalb streben wir eine grundlegende Reform des Steuertarifs an, die eine schleichende Steuererhöhung allein aufgrund des Tarifverlaufs (sogenannte kalte Progression) mildert. Wir werden den Eingangssteuersatz in zwei Schritten von vierzehn Prozent auf zwölf Prozent senken. Der Höchststeuersatz soll in zwei Schritten zunächst ab 55 000 Euro und später ab 60 000 Euro greifen. Daneben gilt es, das Steuerrecht familienfreundlicher zu gestalten. Wir wollen das Ehegattensplitting voll erhalten und um ein Familiensplitting erweitern. Dazu werden wir den Steuerfreibetrag für Kinder auf das Niveau der Erwachsenen – also 8004 Euro – anheben. Zudem streben wir eine familienfreundlichere Ausgestaltung der Erbschaftsteuer an. Gleichzeitig werden wir die Unternehmenssteuerreform im Lichte der Wirtschaftskrise überprüfen und gegebenenfalls so anpassen, dass die Unternehmen leichter Arbeitsplätze sichern und nach wie vor junge Menschen ausbilden können.

Wenn Deutschland 2013 besser dastehen soll, als es vor der Krise dastand, müssen wir in unserem Land aber insgesamt das Fundament für den Aufschwung schaffen. Dementsprechend breit ist das Regierungsprogramm der Union angelegt. Im Folgenden sind exemplarisch vier Politikfelder dargelegt, die für die Union von besonderer Bedeutung sind.

Wahlfreiheit und Partnerschaft

Die CDU will, dass Deutschland ein familien- und kinderfreundliches Land ist. Wir wollen, dass sich mehr junge Menschen für Kinder entscheiden und gute Rahmenbedingungen vorfinden. Dabei wollen wir die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebenslaufs in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen. Frauen und Männer sollen sich in Freiheit und Verantwortung so entfalten können, wie es ihren Neigungen,

Begabungen und Wünschen entspricht. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit. Sie darf nicht länger nur ein Schlagwort sein, sondern muss im zweiten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts endlich Realität werden. Eltern sollen selbst entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen, und nicht in ein Lebensmodell gedrängt werden. Wir sorgen deshalb für mehr und bessere Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren: Bis zum Ende der nächsten Wahlperiode wird ein bedarfsgerechtes Angebot auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr geschaffen. Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, erhalten dann ein monatliches Betreuungsgeld.

Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln und mehr Flexibilität durch ein Teilerntengeld erreichen, das bis zu achtundzwanzig Monaten neben einer Teilzeitbeschäftigung bezogen werden kann. Wir wollen Angehörige von Behinderten von Bürokratie entlasten und den Behindertenpauschbetrag erhöhen. Und: Frauen müssen endlich in den Unternehmen den Männern gleichgestellt werden: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit darf nicht nur auf dem Papier stehen. Auch die Führungspositionen in den Unternehmen müssen mehr Frauen offenstehen.

Gerechte Chancen auf Bildung

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, solidarisches und verantwortungsbewusstes Leben. Bildung ist die beste Vorsorge für die Zukunft – für den Einzelnen wie für das ganze Land. Gute Bildung für alle braucht viele Wege, klare Ziele und hochwertige, passgenaue Angebote, die durch das gegliederte Schulsystem geschaffen werden. Zu jedem Abschluss gehört ein Anschluss. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Tugenden, auch dazu soll die Schule ihren Beitrag leisten.

CDU und CSU treten deshalb dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht

in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Der Religionsunterricht ist wichtiger Bestandteil der Wertevermittlung und so ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kinder und Jugendliche sollen auch in der Schule die Frage nach Gott stellen können. Den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft wollen wir über 2010 hinaus fortführen. Jeder junge Mensch muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir werden den Hochschulpakt konsequent umsetzen und die notwendigen zusätzlichen Studienplätze schaffen. Mehr Selbstständigkeit für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern sowie auf geringere Studienabbrecherquoten und internationale Attraktivität hinwirken.

Für die Zukunft unserer Erde

Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind Kernanliegen unserer Politik. Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten Emissionshandelssystem in Europa einen zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie. Diesen will die CDU unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie fortentwickeln. Wir setzen gleichzeitig im Klimaschutz ehrgeizige Ziele. Wir wollen einen breiten und klimafreundlichen Energiemix erhalten und Energie-Importe auf möglichst viele Länder verteilen. Wer heute alle Kernkraftwerke in unserem Land abschalten will, der muss den Menschen auch auf die Auswirkungen hinweisen: Höhere Energiepreise für Verbraucher und Wirtschaft ebenso wie ein größerer Import von Atomstrom aus dem Ausland. Die Union versteht daher den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückenfunktion, da heute klimafreundliche und kostengünstige Alter-

nativen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Für die Union steht fest: Sicherheit hat bei der Kernkraft absoluten Vorrang. Nur sichere Kraftwerke dürfen eine Betriebserlaubnis haben. Deshalb werden wir nur die Laufzeiten derjenigen Kraftwerke verlängern, die nachweislich sicher sind. Und: Der größte Teil der daraus resultierenden Gewinne soll durch verbindliche Vereinbarungen mit den Energieunternehmen zum einen in die Forschung erneuerbarer Energien investiert und zum anderen für Preissenkungen gegenüber Verbrauchern und Wirtschaft genutzt werden.

Generell gilt: Umweltschutz rein national zu betrachten reicht nicht aus. Deshalb stehen wir für eine Harmonisierung der Umweltstandards in Europa. Maßgabe muss das Verursacherprinzip sein. Wir wollen eine innovative und flexible Naturschutzpolitik, die mit den Betroffenen vor Ort kooperiert.

Freiheit und Sicherheit für die Bürger

CDU und CSU wollen, dass der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützt und bewahrt. Wir wollen, dass sich alle Bürger zu jeder Tages- und Nachtzeit auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. Die Polizei muss deshalb so ausgestattet sein, dass sie den Schutz der Bürger gewährleisten kann. Die Polizei muss für den Bürger sichtbar sein. In besonderen Gefährdungslagen muss ein Einsatz der Bundeswehr im Innern im Rahmen festgelegter Grenzen möglich sein.

Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen. Wir werden die Bürger vor rückfälligen Straftätern wirksamer schützen. Gerade bei extremistischen Straftaten sind konse-

quente Verfolgung und Ahndung das Gebot.

Wir wollen das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen und halten eine nationale Visa-Warndatei für dringend geboten, um Visummissbrauch effektiv zu bekämpfen.

Die CDU steht für Datenschutz mit Augenmaß. Der Bürger muss darauf vertrauen können, dass seine Daten vor Missbrauch geschützt sind.

CDU und SPD unterscheiden sich

Im Wahlkampf werden die Unterschiede zwischen CDU und SPD deutlich werden – inhaltlich und stilistisch. Wie schon im Europawahlkampf tritt die SPD teilweise wie eine Oppositionspartei auf und nicht wie eine Partei, die seit elf Jahren regiert. Der SPD-Kandidat hat inzwischen vier Millionen neue Arbeitsplätze versprochen, die er gar nicht schaffen kann. Er hat damit das Arbeitsplatzversprechen aus dem SPD-Wahlprogramm vervierfacht. Das ist schlicht unseriös. Davon wird sich die CDU unterscheiden. Wir sind gegen die Spaltung unserer Gesellschaft in „oben“ und „unten“, arm oder reich, alt oder jung, sondern setzen auf Zusammenhalt. Wir haben die Kraft, gemeinsam viel für unser Land zu erreichen. Uns kommt es darauf an, mit unserer positiven Bilanz als Regierungspartei und mit Zuversicht für unsere überzeugenden Zukunftskonzepte zu werben.

Dies gilt etwa für die Steuerpolitik: Die SPD will Steuern erhöhen und sogar neue einführen. Die CDU will die Bürger entlasten.

Die SPD steht für die Einheitsschule. Sie will – so steht es explizit in ihrem Programm – das „gegliederte Schulsystem überwinden“. Das würde das Aus für alle Gymnasien und die Schließung der Haupt- und Realschulen bedeuten. Alle Kinder sollen dann in die Einheitsschule. Die CDU steht für Bildungsvielfalt in einem gegliederten Schulsystem. Wir wol-

len die richtige Schule für jedes Kind und nicht die gleiche Schule für alle. Nicht zuletzt die PISA-Studien haben belegt, dass die Ergebnisse im gegliederten Schulsystem besser sind als diejenigen in der Einheitsschule.

Die SPD gefährdet durch einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn Hunderttausende Arbeitsplätze insbesondere in den neuen Ländern, für Jugendliche und Menschen ohne Ausbildung. Gleichzeitig will die SPD die Fleißigen für ihr Engagement bestrafen, indem die Mini-Jobs erheblich eingeschränkt werden sollen. Die CDU steht dafür, dass Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert wird: Wer für sich und seine Familie nicht allein mit seinem Lohn den Lebensunterhalt bestreiten kann, soll durch die Unterstützung der Solidargemeinschaft ein Mindesteinkommen, bestehend aus Lohn und staatlicher Unterstützung, erhalten. Dabei gilt: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Auch deshalb werden wir die Mini-Jobs voll erhalten. Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der von Unternehmen nicht erwirtschaftet werden kann und der deshalb Arbeitsplätze gefährdet, lehnen wir ab. Denn die Lohnfindung ist Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, so wie es das Grundgesetz vorsieht. Wenn allerdings Löhne sittenwidrig niedrig sind, dann müssen sie per Gesetz klar verboten werden.

Am 27. September geht es nicht nur darum, mit welchen Inhalten unser Land gestaltet werden soll. Es geht auch darum, die Kraft für die richtigen Entscheidungen zu haben. Die Union mit Bundeskanzlerin Angela Merkel hat diese Kraft. Die Bürgerinnen und Bürger können daher am 27. September zwischen einer SPD, die mit Rezepten von gestern eine instabile Koalition eingehen würde, und einer CDU wählen, die unser Land sicher durch die Krise und in eine gute Zukunft führen kann.